

EUROPÄISCHES PARLAMENT

GENERALDIREKTION EXTERNE POLITIKBEREICHE

Fachabteilung

PN/cc

Brüssel, den 29. November 2004

MITTEILUNG

ZUR POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN LAGE
SERBIEN UND MONTENEGROS UND IHREN BEZIEHUNGEN ZUR
EUROPÄISCHEN UNION

Diese Mitteilung wurde für die Mitglieder des Europäischen Parlaments erarbeitet. Die darin enthaltenen Auffassungen entsprechen denen des Autors und widerspiegeln nicht unbedingt den Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Quellen: Agence Europe
Europäische Kommission
Economist International Unit
Oxford Analytica
Reuters
World Markets Analysis

NT\549048DE.doc
Externe Übersetzung

PE 350.429

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. POLITISCHE LAGE.....	3
II. WIRTSCHAFTLICHE LAGE.....	16
III BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND SERBIEN UND MONTENEGRO	22

Für zusätzliche Informationen wenden Sie sich bitte an Herrn Pedro Neves, Europäisches Parlament, GD Externe Politikbereiche, Fachabteilung, Tel. +32/2/284 3752 / Fax : +32/2/284 68 31, E-Mail: pneves@europarl.eu.int

I. POLITISCHE LAGE

1. Geschichte

1.1. Serbien

Die Landschaft Serbiens erstreckt sich im Norden bis hin zur großen Donau-Ebene und reicht in ihrem südlichen Teil bis ins Zentrum der Balkanhalbinsel. Serbien hat mit fast allen Balkanstaaten gemeinsame Grenzen. Es umfasst eine Fläche von 102 173 km² (¹) und hat über zehn Millionen Einwohner².

Die Serben und die Montenegriner sind Südslawen, die sich im 7. Jahrhundert auf der Balkanhalbinsel niedergelassen haben. Im 9. und 10. Jahrhundert kann man noch nicht von einem serbischen Staat sprechen, aber es bestanden Staaten, die auf dem Zusammenschluss slawischer Stämme beruhten und häufig vom Byzantinischen Reich abhängig waren. Der eigentliche serbische Staat entstand mit der Dynastie der Nemanjiden (1170-1371). Dieser entwickelte sich unter der Herrschaft des Zaren Dusan (1331-1355) zu einem Reich, das den größten Teil der Balkanhalbinsel einnahm³, jedoch nur kurze Zeit bestand.

Das Reich des Zaren Dusan zerfiel nach dessen Tod in rund ein Dutzend rivalisierender Fürstentümer, was das Eindringen des ottomanischen Heeres auf den Balkan zweifellos erleichterte. Sein Sieg über die serbischen Truppen im Jahr 1389 bei der Schlacht auf dem Amselfeld⁴ hatte die vollständige Besetzung des serbischen Territoriums bis ins 19. Jahrhundert zur Folge.

Im Jahr 1830 wurde die Unabhängigkeit des Fürstentums Serbien im Rahmen einer direkten Übereinkunft mit dem Ottomanischen Reich anerkannt. Allerdings blieb Serbien weiterhin ein Kleinstaat und eine Enklave und erlangte seine vollständige Unabhängigkeit gleichzeitig mit dem Königreich Montenegro erst auf dem Berliner Kongress von 1878.

Unter dem Einfluss des universalistischen Weltbildes der Philosophen der Aufklärung entstand im 19. Jahrhundert der Gedanke, einen Zusammenschluss der Südslawen in Form eines Nationalstaates zu bilden. So wie die deutsche Einheit von Preußen ausging, wurde die Einheit der Südslawen von Serbien angeführt.

Im Zeitraum 1914 bis 1918 war das Königreich Serbien die einzige Macht in der Region, die gegen die österreichisch-ungarische Monarchie antrat. Nach Ansicht der Serben lohnten alle diese Anstrengungen, um moralisch entschädigt zu werden. So erzielten die Serben im Jahr 1918 die Errichtung des Königreichs der Serben, der Kroaten und der Slowenen (das erste Jugoslawien) als Belohnung, die dem Volk der Südslawen für seine Befreierrolle zuteil wurde. Anstatt eines Bundesstaates entstand ein Zentralstaat nach französischem Vorbild. Diese Lage musste das Missfallen der Kroaten, Slowenen und der übrigen Volksgruppen des Königreichs erregen.

¹ In dieser Zahl sind Montenegro, Kosovo und die Vojvodina enthalten.

² Idem.

³ Auf diesem Reich begründen sich die territorialen Ansprüche der serbischen Nationalisten.

⁴ Das Amselfeld liegt 5 km von Pristina entfernt, was die Bedeutung des Kosovo für Serbien erklärt.

Als zu den inneren Spaltungen noch äußere Bedrohungen hinzukamen, konnte sich das Land nicht mehr lange halten. Und durch die Auseinandersetzungen des Zweiten Weltkriegs wurden die Widersprüche zwischen den verschiedenen Völkern des Landes noch weiter angefacht.

Das 1945 gegründete sozialistische Jugoslawien (das zweite Jugoslawien) war Ergebnis des Ideals der Partisanen unter dem Kommando von Tito sowie der geopolitischen Bedingungen der damaligen Zeit. Die Einheitspartei, der „Bund der Kommunisten“, hat gegenüber der nationalen Frage niemals eine wirkliche Strategie verfolgt. Fakt ist, dass Tito unter Anspielung auf die Hegemonie der Serben im ersten Jugoslawien ein „starkes Jugoslawien mit einem schwachen Serbien“ anstrebte. In der Wahrnehmung der Serben erlaubte es ihnen der Bundesstaat unter Tito nicht, ihr nationales Vorhaben zu verwirklichen.

Slobodan Milosevic, der aufgrund seiner nationalistischen und zugleich populistischen Parolen 1987 die Kontrolle über die serbische Sektion der Einheitspartei erlangen konnte, setzte im März 1989 die Annahme einer Überarbeitung der Verfassung der Republik Serbien durch, wobei den Provinzen Kosovo und Vojvodina¹ jegliche Autonomie abgesprochen und eine diktatorische und repressive Entwicklung in Gang gesetzt wurde, die in den darauffolgenden Jahren die Oberhand erlangen sollte. Als Reaktion auf die neue Haltung der Serben kündigten Slowenien, Kroatien und Mazedonien im Juni 1991 ihren Rückzug aus der jugoslawischen Föderation an, die damit ihr Ende nahm.

Das dritte Jugoslawien, das im April 1992 durch die Assoziierung der beiden Republiken Serbien und Montenegro auf dem Scherbenhaufen des vorherigen jugoslawischen Staates entstand, wobei Serbien von den beiden früheren autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina flankiert wurde, war wie ein Bundesstaat aufgebaut. Es war von noch kürzerer Dauer als seine Vorläufer, denn es bestand nur 11 Jahre. Dieser Bundesstaat scheiterte aufgrund des gewaltigen demografischen Ungleichgewichts, das zwischen den beiden Landesteilen bestand (10 Millionen Einwohner in Serbien gegenüber etwa 600 000 in Montenegro), und vor allem aufgrund des überragenden politischen Gewichts der Persönlichkeit von Slobodan Milosevic², der Serbien über ein Jahrzehnt lang beherrschte. Die Konflikte in Slowenien 1991, in Kroatien 1991, in Bosnien und Herzegowina 1992-1995 und im Kosovo 1999 haben das Land isoliert und sogar zu einer Intervention der internationalen Gemeinschaft geführt. Nach den 78 Tage währenden Bombardierungen durch die NATO-Streitkräfte musste die Belgrader Regierung 1991 den Friedensplan annehmen und ihre Truppen aus dem Kosovo zurückziehen.

1.2. Montenegro

Trotz ihres serbischen Sprachgebrauchs und ihrer orthodoxen Religion bildeten die Montenegriner eine „Nation“, die sich von der der Serben unterschied. Montenegro entstand im Rahmen der Geschichte des 11. Jahrhunderts. 1516 stand es - theoretisch - unter die Herrschaft des Osmanischen Reiches, an seiner Spitze stand ein „Fürstbischof“, das heißt, der Bischof von Cetinje war zugleich Fürst von Montenegro. Der Berliner Kongress von 1878 erkannte die Unabhängigkeit des Landes an, das 1912 Königreich wurde. Am Ende des Ersten Weltkriegs

¹ Diese Provinzen genossen seit 1974 eine umfassende Autonomie.

² Der Nationalist Milosevic wurde von dem „Memorandum“ beeinflusst, einem Dokument, das 1986 von Angehörigen der serbischen Intelligenz verfasst worden war, die die von dem serbischen Volk erlittenen Ungerechtigkeiten und Opfer anprangerten, einem Volk, das „nicht das Recht hatte, einen eigenen Staat zu besitzen“. Dementsprechend müsse das serbische Volk „wieder Subjekt der Geschichte werden“ und einen eigenen Nationalstaat haben.

erwiesen sich die Montenegriner als die begeistertsten Anhänger der Vereinigung mit den Serben. Im November 1918 enthob ein Nationalrat König Nikita seines Amtes und stimmte für die Eingliederung Montenegros in das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. 1945 bildete Montenegro eine der sechs Republiken (die kleinste mit 13 812 km²) der Jugoslawischen Föderation und das montenegrinische Volk wurde eines der Gründervölker Jugoslawiens. Podgorica, das bis 1992 Titograd hieß, trat dann als Hauptstadt an die Stelle von Cetinje. Nachdem die Jugoslawische Republik implodierte, gründete Montenegro als Getreuer Serbiens gemeinsam mit Serbien die dritte Bundesrepublik Jugoslawien (1992-2003). Allerdings wurde ihm nur eine geringe Einflussnahme auf die Regierung des Landes zuteil und es litt zudem überaus unter den Sanktionen, die gegen Serbien verhängt worden war. Die Wahl von Milo Djukanovic zum Präsidenten der Republik Montenegro im Oktober 1997, der sich klar und deutlich für eine größere Autonomie des Landes gegenüber der serbischen Herrschaft ausgesprochen hatte, trug zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Partnern der Föderation bei.

1.3. Kosovo

Das Gebiet der jetzigen Provinz Kosovo lag den Serben stets am Herzen, denn es war die Wiege ihrer Nation (Ende des 12. bis Ende des 14. Jahrhunderts). Anschließend gehörte Kosovo fünf Jahrhunderte lang zum Ottomanischen Reich. In dieser Zeit konvertierten die Albaner¹ massenhaft zum Islam. Der erste Balkankrieg ermöglichte die Entstehung eines unabhängigen Albaniens, während Kosovo weiterhin unter dem Einfluss Serbiens stand. Die jugoslawische Verfassung von 1974 gewährte dem Kosovo (wie auch der Vojvodina) Rechte, die fast denen einer Republik gleichkamen. 1989 stellte die serbische Regierung ihre Macht über die unabhängigen Provinzen wieder her. Ein Jahr nach seiner offiziellen Auflösung durch die Behörden Belgrads verkündete das inzwischen im Untergrund agierende Parlament des Kosovo die „Republik Kosovo“. Im Mai 1992 fanden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt, die eine Mehrheit für die Demokratische Liga des Kosovo (LDK) ergaben und deren Anführer Ibrahim Rugova in das Amt des Präsidenten der „Republik“ brachten. Für die gleiche Mehrheit und den gleichen Anführer stimmten die albanischen Wähler des Kosovo erneut im März 1998. Die Belgrader Behörden erkannten die Gültigkeit dieser Wahlen nicht an und wiesen den Gedanken einer „Republik Kosovo“ zurück. Gleichzeitig begannen sie, jeden Anflug einer Meinungsäußerung seitens der albanischen Volksgruppe rigoros zu unterdrücken. Manche politische Analysten sprachen sogar von einem Apartheid-System, um die Lage in der Provinz Kosovo zu charakterisieren.

1.4. Vojvodina

Die Vojvodina ist eine multinationale Region im Norden des eigentlichen Serbiens. Bei der Gründung Jugoslawiens im Jahr 1918 wurde diese zuvor dem Königreich Ungarn angehörende Region in das neue Land eingegliedert. 1946 wurde in der Republik Serbien eine autonome Region unter der Bezeichnung Vojvodina² gegründet, um der ethnischen Vielfalt Rechnung zu tragen, die dieses Gebiet seit dem 18. Jahrhundert prägte.

Die Zunahme nationalistischer Strömungen Ende der 1980er Jahre und das Aufbrechen des jugoslawischen Konflikts im darauffolgenden Jahrzehnt hatten schwerwiegende Auswirkungen auf das multinationale Gleichgewicht der Region. 1989 wurde der Vojvodina der Autonomie-

¹ Heute bilden sie nach den Erhebungen von 1991 mit 82,2 % die Mehrheit in diesem Gebiet.

² Dieses Gebiet wurde von 1848 bis 1860 als „Vojvodina“ bezeichnet.

Status entzogen. Seitdem wurden die Rechte der Minderheiten von den Behörden - vor allem unter der Herrschaft von Milosevic - zugunsten der serbischen Mehrheit, die zum Zeitpunkt der Erhebung 1991 57,3 % der Bevölkerung der Provinz ausmachte, weitgehend in Frage gestellt.

2. *Innenpolitik*

2.1. **Institutionelles System**

Am 4. Februar 2003 trat die neue Staatenunion Serbien und Montenegro an die Stelle der Bundesrepublik Jugoslawien. Die Republiken haben einen gemeinsamen Titularpräsidenten und verfolgen eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik, viel mehr jedoch nicht. Darüber hinaus besteht für beide Republiken die Möglichkeit, nach einer Anfangsphase von drei Jahren ihre Unabhängigkeit zu erklären.

Das Unionsparlament (Bundesversammlung - Skupstina) besteht aus einer Kammer, es konstituierte sich am 4. März 2003. Das Parlament hat 126 Sitze, von denen 91 Serbien zugeteilt sind und 35 Montenegro. Die Mitglieder der neuen Bundesversammlung wurden von den Parlamenten der beiden Republiken für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Für 2005 sind Direktwahlen angesetzt.

Staatsoberhaupt ist derzeit Svetozar Marovic aus Montenegro als **Präsident**; er wurde von der Bundesversammlung am 7. März 2003 für eine Amtsperiode von vier Jahren gewählt.

Der **Ministerrat** untersteht dem Präsidenten und ist der Bundesversammlung rechenschaftspflichtig. Außer dem Präsidenten gibt es noch fünf Minister (für Verteidigung, Auswärtige Angelegenheiten, Außenwirtschaftsbeziehungen, Binnenwirtschaft und Menschenrechte): drei werden durch Serbien ernannt, zwei durch Montenegro.

Die **Rechtsordnung** umfasst die Gemeindegerichte, die Kreisgerichte, die Obersten Gerichte der Republiken, das Bundesverfassungsgericht und den Bundesgerichtshof. Der Bundesgerichtshof ist die höchste gerichtliche Instanz in der Staatenunion Serbien und Montenegro und entscheidet Streitigkeiten zwischen diesen beiden Republiken bzw. zwischen der Staatenunion und den Republiken. Die Unabhängigkeit der Justiz ist sowohl in Serbien als auch in Montenegro offiziell durch Recht und Gesetz gewährleistet. Insbesondere in Serbien beklagen Richter jedoch eine übermäßige Einmischung vonseiten der Behörden und Medienkampagnen zur Diskreditierung der des Richterstands, der der Korruption und Beziehungen zum organisierten Verbrechen bezichtigt wird.

Die Republiken Serbien und Montenegro haben eigene Parlamente, Regierungen und Präsidenten. In der Verfassungscharta, durch die die Staatenunion ins Leben gerufen wurde, wird **Serbien** auch verpflichtet, eine neue Verfassung zu erarbeiten. Ihre Abfassung und Annahme (sowohl durch das Parlament als auch durch ein öffentliches Referendum) sollten bis Ende des Sommers 2003 abgeschlossen sein, werden sich aber bis 2004 hinziehen. Das derzeitige institutionelle System beruht auf der serbischen Verfassung von 1989. Serbien hat ein Einkammernparlament mit 250 Sitzen. Die Wahl des Präsidenten erfolgt im Rahmen des allgemeinen Wahlrechts. Parlamentspräsidentin Natasa Micić fungierte von Januar 2003 bis Juli 2004 als Interimspräsidentin.

Der Status des **Kosovo** ist weiter ungewiss. Seit 1999 steht es unter vorläufiger Verwaltung der Vereinten Nationen.

Das institutionelle System **Montenegros** beruht auf der Verfassung von 1992. Das Parlament besitzt eine Kammer und hat 75 Sitze. Staatsoberhaupt ist der Präsident (derzeit Filip Vujanovic), dessen Wahl im Rahmen des allgemeinen Wahlrechts erfolgte.

2.2. Jüngste Ereignisse

2.2.1 *Serbien*

a) Das Ende des Milosevic-Regimes und die DOS-Koalition

Nachdem Milosevic bei den Präsidentschaftswahlen am 24. September durch Vojislav Kostunica, den Kandidaten der Demokratischen Opposition Serbiens (DOS), besiegt worden war, setzten im Oktober 2000 weit reichende Veränderungen in der jugoslawischen Politik ein. Zunächst weigerte sich Milosevic zwar, den Wahlausgang anzuerkennen, er wurde jedoch durch eine Welle von Protesten der Bevölkerung zum Eingeständnis seiner Niederlage gezwungen. Die DOS fügte ihrem Triumph noch den Sieg bei rasch angesetzten allgemeinen Wahlen in Serbien im Dezember hinzu, bei denen sie 176 der insgesamt 250 Sitze erringen konnte. Daraufhin stellte die DOS die Regierung, und Zoran Djindjic als Vorsitzender der Demokratischen Partei (DS), der größten Partei innerhalb der DOS-Koalition, wurde serbischer Ministerpräsident.

Die DOS, zunächst ein Wahlbündnis aus 18 politischen Parteien, hatte sich zusammengefunden, um Slobodan Milosevic nach den Wahlen vom September 2000 an der Rückkehr zur Macht zu hindern. Sie besaß keine breite gemeinsame ideologische Basis. Die beiden führenden Parteien waren die Demokratische Partei Serbiens (DSS) von Präsident Kostunica und die Demokratische Partei (DS) des serbischen Ministerpräsidenten Djindjic. Schon 2001 brach die Koalition praktisch in zwei Fraktionen auseinander, die eine um Kostunica, die andere um Djindjic. Zu großen Differenzen kam es im Zusammenhang mit der Auslieferung des früheren Präsidenten Slobodan Milosevic an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ): Während Präsident Kostunica und seine DSS gegen die Auslieferung waren und sie als Verstoß gegen die Verfassung ansahen, gaben der serbische Ministerpräsident Djindjic und sein Kabinett dem internationalen Druck nach und überstellten Milosevic am 28. Juni 2001. Diese Entscheidung löste in Jugoslawien ernste Spannungen aus, doch wurde die politische Entrüstung durch den Erfolg der Geberkonferenz gemildert, die nach der Auslieferung Milosevics stattfand. Jedoch traten nach diesem Schritt alle Kabinettsminister der DSS zurück¹.

Kostunica und Djindjic stritten ständig über das Tempo der Reformen, die Integration in den Westen und die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ. Seinen Höhepunkt erreichte der andauernde Konflikt zwischen den beiden und ihren Parteien im Juni 2002, als sich die DSS aus der Koalition zurückzog.

b) Das Attentat auf Zoran Djindjic und der anschließend verhängte Ausnahmezustand

¹ Reuters Business Briefing, 21. Juni 2002, „Yugoslavia: The Disintegrating Coalition“ by Transitions Online.

Am 12. März 2003 fiel der serbische Ministerpräsident Zoran Djindjic vor dem Hauptregierungsgebäude in Belgrad einem Attentat zum Opfer. Die Regierung rief sofort den Ausnahmezustand aus, der bis zum 22. April 2003 andauerte. Am 19. März 2003 stimmte das Parlament der Ernennung des damaligen Innenministers Zoran Zivkovic zum neuen Ministerpräsidenten zu.

Während des 42-tägigen Ausnahmezustands startete die Regierung die „Operation Schwert“, eine groß angelegte Offensive gegen das organisierte Verbrechen und dessen Hintermänner. Strafanzeige wurden gegen mehr als 3000 Personen gestellt, darunter mehrere Mitglieder des so genannten Zemun-Clans, einer Belgrader Verbrecherbande mit engen Verbindungen zu Teilen des Staatssicherheitsdienstes, die als Drahtzieher und Vollstrecker des Mordes ermittelt wurden. Ende April 2003 gaben die Behörden bekannt, der Mord an Djindjic sei Bestandteil einer weit reichenden Verschwörung zum Sturz der Regierung gewesen. Am 21. August erhob die serbische Regierung Anklage gegen 44 Personen, denen Verschwörung bzw. Beteiligung an der Ermordung Zoran Djindjic zur Last gelegt wurde.

Außerdem löste die Regierung kurze Zeit nach dem Attentat die „Roten Barette“¹ auf, eine paramilitärische Spezialtruppe mit engen Beziehungen zur kriminellen Unterwelt². Milorad Lukovic, Anführer des Zemun-Clans und Hauptverdächtiger des Mordes an Djindjic, war bis 2002 Kommandeur der Roten Barette.

c) Die Parlamentswahlen vom Dezember 2003 und die politische Szene

Am 13. November 2003 beraumte die Parlamentspräsidentin und Interimspräsidentin Natasa Micić für den 28. Dezember 2003 vorgezogene Parlamentswahlen an und löste das Parlament auf. Diese Entscheidung fiel, nachdem mehrere kleinere Parteien innerhalb der DOS-Koalition der Regierung ihre Unterstützung entzogen hatten, wodurch diese ihre Mehrheit im Parlament verlor. Darüber hinaus sah sich die Regierung mit einem Misstrauensvotum konfrontiert. In den vorausgegangenen Wochen waren ihr von der Opposition Inkompetenz und zügellose Korruption vorgeworfen worden, und sowohl die DSS als auch die Serbische Radikale Partei (SRS) hatten Misstrauensanträge gegen die Regierung gestellt. Am 18. November gab der DOS-Vorsitz offiziell bekannt, dass die DOS-Koalition aufgehört hatte zu existieren, und forderte vorgezogene Wahlen.

Die Demokratische Partei (**DS**) als die vorherrschende Kraft im früheren DOS-Parteienbündnis, erklärte zunächst, bei den Wahlen einzeln antreten zu wollen, stimmte aber dann gemeinsamen Listen zusammen mit kleineren Parteien zu. Die Partei war von Zoran Djindjic und anderen nach dem Zusammenbruch der Einparteienherrschaft Ende der 1980er Jahre gegründet worden.

Bei der Partei **G17 Plus** handelt es sich um einen einstigen Think-Tank, der sich im Dezember 2002 selbst in eine Partei umwandelte. An der Spitze der neuen Partei steht Miroljub Labus, ein ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident auf Bundesebene, der bei den serbischen Präsidentschaftswahlen von 2002 scheiterte. Zwischen der früheren DOS-Koalition und der

¹ Die von Milosevic 1991 ins Leben gerufenen Roten Barette waren ein Sammelbecken von Vorbestraften und Mitgliedern verschiedener paramilitärischer Milizen.

² Von der serbischen Justiz werden den Roten Baretten, die dem Mafia-Clan Zemun angehörten, mehr als fünfzig Morde in Belgrad, organisierter Drogenhandel und der Aufbau eines Dealernetzes auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und in Europa zur Last gelegt.

G17 Plus bestehen verhältnismäßig wenige ideologische Differenzen, jedoch wirbt die G17 Plus jetzt um dasselbe reformwillige Wählersegment.

Die **DSS** wurde Anfang der 1990er Jahre nach einem Streit mit Djindjics DS von Vojislav Kostunica ins Leben gerufen. Die DSS ist konservativer und nationalistischer ausgerichtet als die meisten anderen Regierungsparteien, sie plädiert für langsamere Reformprozesse nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Institutionen wie der Armee.

Die Sozialistische Partei Serbiens (**SPS**), die Partei des früheren jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic, wurde nach den Wahlen von 2000 mit 37 Sitzen zur größten oppositionellen Kraft im serbischen Parlament. Die SPS hat seither jedoch an Popularität verloren, was dem Ausfall Milosevics aus dem innenpolitischen Geschehen und verschiedenen internen Auseinandersetzungen zuzuschreiben ist.

Die Serbische Radikale Partei (**SRS**) ist eine extrem nationalistische Partei unter dem Vorsitz von Vojislav Seselj. Bei den Wahlen von 2000 konnte sie 23 Sitze erringen. Starke Wählerunterstützung fand die SRS auch in der ersten Runde der serbischen Präsidentschaftswahlen Ende September 2002, bei der Vojislav Seselj mit 23,2 % aller Stimmen den drittbesten Platz belegte, und auch bei den Präsidentschaftswahlen im November 2003, als der SRS-Kandidat Tomislav Nikolic 46,2 % der Wählerstimmen auf sich vereinte.

Bei den außerordentlichen Parlamentswahlen am 28. Dezember errangen Vojislav Seseljs Serbische Radikale Partei (SRS) 82 und die Serbische Sozialistische Partei (SPS) des früheren jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic 22 Sitze. Die gemäßigteren Parteien, die Demokratische Partei Serbiens (DSS), die Demokratische Partei (DS), die Partei G17 Plus und ein Wahlbündnis aus der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) und Velimir Ilics Partei „Neues Serbien“ (NS) konnten zusammen 146 der 250 Sitze im serbischen Parlament auf sich vereinigen.

Beobachtern zufolge war der Sieg der SRS nicht auf ein Wiederaufleben des serbischen Nationalismus zurückzuführen. Manche Wähler, die für die Radikalen gestimmt hatten, taten das wegen ihrer extrem nationalistischen Einstellung, andere wollten dagegen nur gegen die zuvor regierende Demokratische Opposition Serbiens (DOS) und deren führende Partei, die DS, stimmen und ihr damit einen Denkkzettel für die Ergebnisse ihrer Arbeit in den vorausgegangenen drei Jahren erteilen. Abgesehen von dem schwachen und nicht überzeugenden Wahlkampf, den die DS und die DSS als die beiden wichtigsten gemäßigten Parteien geführt hatten, gab es mehrere Gründe für den Wahlerfolg der SRS: die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die Vorwürfe gegen die Regierung wegen Korruption und Fehlverhalten, die Streitigkeiten zwischen den demokratischer gesinnten Parteien und die Einmischung aus dem Ausland¹.

Das derzeitige serbische Kabinett hat schließlich am 2. März 2004, zwei Monate nach den Parlamentswahlen vom 28. Dezember 2003, seinen Amtseid abgelegt. In dieser Zeit gewannen die ultranationalistischen Radikalen großen Zulauf zum Schaden der reformorientierten Parteien.

¹ Wie Beobachter einschätzen, haben die Ratschläge einiger europäischer Führungspersönlichkeiten, für wen die Wähler ihre Stimme abgeben sollten, diese in das Lager anderer Parteien getrieben.

Obwohl die Reformparteien verschiedenster Couleur die Mehrzahl der Sitze auf sich vereinigten, sahen sie sich vor allem wegen der Differenzen zwischen DS und DSS nicht imstande, eine Mehrheitskoalition zu bilden. Eine Minderheitskoalition aus der DSS, der wirtschaftsliberalen G17 Plus und der monarchistischen SPO-NS wird nun den Balanceakt zur Erlangung der Parlamentsunterstützung von Sozialisten und DS vollziehen.

d) Präsidentschaftswahlen in Serbien

Am 16. November 2003 haben erneut Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Die beiden vorausgegangenen Versuche, einen Präsidenten zu wählen (im September/Oktober und im Dezember 2002), scheiterten an einer zu geringen Wahlbeteiligung, so dass Natasa Micic, die Präsidentin des serbischen Parlaments, im Januar 2003, als die Amtszeit von Milan Milutinovic zu Ende war, als Interimspräsidentin antreten musste. Da noch keine neue serbische Verfassung verabschiedet worden war, erfolgten auch die Wahlen vom November nach dem bisherigen Reglement, das eine Wahlbeteiligung über 50 % im ersten Wahlgang erfordert, damit die Stimmabgabe gültig ist.

Dragoljub Micunovic, der Präsident des Unionsparlaments, war der Kandidat der DOS-Koalition für das Präsidentenamt. Von der Partei G17 Plus und der DSS wurde die Abstimmung boykottiert. Am Wahltag lag die Wahlbeteiligung unter 39 %, so dass die Präsidentschaftswahlen erneut für ungültig erklärt werden mussten. Der DOS-Kandidat Micunovic errang nur 35,4 % der abgegebenen Stimmen, Tomislav Nikolic dagegen, der Kandidat der ultranationalistischen Serbischen Radikalen Partei, 46,2 %. Die restlichen Stimmen teilten sich vier weitere Kandidaten. Dieses Ergebnis wurde als eine große Niederlage der Reformkräfte im Lande gewertet.

Am 27. Juni 2004 schließlich wurde Boris Tadic, der reformorientierte und die Europäische Union befürwortende Vorsitzende der Demokratischen Partei (DS), zum Präsidenten Serbiens gewählt. Er bezwang Tomislav Nikolic von der ultranationalistischen Serbischen Radikalen Partei mit 54 % zu 45 % der Stimmen. Die Wahl war ein entscheidender Moment für Serbien, dessen Reformen womöglich aufs Spiel gesetzt worden wären, wenn der Populist Nikolic gewählt worden wäre. Auch bei den Kommunalwahlen im September 2004 schnitt die DS gut ab und bewies, dass sie und die SRS heute die populärsten Parteien Serbiens sind. Dagegen hat die gemäßigt nationalistische Demokratische Partei Serbiens (DSS), die an der Spitze der Regierungskoalition steht, an Unterstützung verloren. Die reformorientierten Wähler scheinen sich unter dem Banner der DS zu sammeln, die nationalistischen unter dem der SRS. Beobachtern zufolge könnte nach der Wahl von Tadic das Miteinander zwischen Regierung und neuem Präsidenten mindestens die nächsten sechs Monate andauern, bis zur Annahme einer neuen Verfassung, gefolgt von Parlamentswahlen.

e) Serbien und der IStGHJ¹

Die Einhaltung der Verpflichtungen des Landes im Rahmen der IStGHJ-Satzung stagniert und geht sogar zurück. Die öffentliche Kampagne, die praktisch seit Oktober 2000 von mehreren führenden Politikern Serbiens gegen den Gerichtshof geführt wird, erzeugte bei der Öffentlichkeit eine überwiegend feindselige Haltung gegen den IStGHJ und zog in der Praxis die Verweigerung weiterer Auslieferungen nach sich. Der DS und den beiden Juniorpartnern in

¹ Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.
NT\549048DE.doc
Externe Übersetzung

der Regierungskoalition, der G17 Plus und der SPO-NS, ist an Zusammenarbeit gelegen, doch die DSS, die an der Spitze der Koalitionsregierung steht, widersetzt sich ihr noch immer, obwohl der serbische Ministerpräsident Vojislav Kostunica bei einem Brüsselbesuch am 4. November 2004, bei dem er mit Javier Solana, dem Hohen Vertreter der EU für die GASP, zusammentraf, zugesichert hat, sein Land werde mit dem IStGHJ kooperieren¹. Die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal ist entscheidend für Fortschritte des Landes in Richtung auf ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA) mit der EU und die Teilnahme an der NATO-Partnerschaft für den Frieden. Darüber hinaus hat auch Außenminister Colin Powell am 31. März 2004 erklärt, Belgrad arbeite nicht mit dem IStGHJ zusammen. Abgesehen von der humanitären Hilfe, hält Washington den Restbetrag der 100 Mio. USD Hilfsgelder für das Finanzjahr zurück. Belgrad bedauert möglicherweise, dass die USA ihre Unterstützung zurückgezogen haben, und zwar nicht nur in Institutionen wie dem IWF, sondern auch beim Ringen um eine Lösung für das Kosovoproblem.

2.2.2 Montenegro

Bei den **Parlamentswahlen vom 22. April 2001** waren die wichtigsten politischen Parteien in zwei Blöcke gespalten: die Kräfte, die für ein konstitutionelles Zusammengehen mit Serbien eintraten, wenn auch auf einer neuen Grundlage (das Bündnis „Für Jugoslawien“), und diejenigen, die eine losere Beziehung vorzogen, die letztendlich zur vollen Unabhängigkeit führen würde (das Bündnis „Sieg für Montenegro“ und der Liberale Bund Montenegros (LSCG), der bei den Wahlen unabhängig antrat). Nach den Wahlen bildete das Bündnis „Sieg für Montenegro“, das die meisten Stimmen auf sich vereinte, eine Minderheitsregierung mit parlamentarischer Unterstützung der LSCG. Im April 2002 entzogen jedoch die LSCG und die Sozialdemokratische Partei (SDP), die beide für ein unabhängiges Montenegro eintreten, der Regierung ihre Unterstützung. Dieser Schritt war ein Zeichen des Protests gegen die Zustimmung des Parlaments zum Belgrader Abkommen über die künftige Staatenunion „Serbien und Montenegro“, mit dem das Referendum zur Unabhängigkeit um drei Jahre hinausgezögert wurde. Ein Misstrauensvotum am 23. Mai 2002 führte zur Entlassung von Ministerpräsident Filip Vujanovic und dessen Kabinett.² Als Vujanovic im Juli bei der Bildung einer neuen Regierung scheiterte, wurden vorgezogene Wahlen anberaumt.

Die vorgezogenen **Parlamentswahlen** fanden am **20. Oktober 2002** statt und zeichneten sich durch eine hohe Wahlbeteiligung (74,6 %)³ aus. Als die beiden Hauptgegner traten die politischen Nachfolger der Wahlbündnisse der Wahlen von 2001, jedoch unter neuem Namen, an. Präsident Djukanovics Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) und ihre Bündnispartner, die Sozialdemokraten, gewannen die Wahlen und errangen 39 der 75 Parlamentssitze. Djukanovic trat als Präsident zurück und übernahm das Amt des Ministerpräsidenten. Parlamentspräsident Filip Vujanovic wurde zum Interimspräsidenten.

¹ Die vorige Regierung hat mit dem Gerichtshof zusammengearbeitet, wenn auch nicht immer reibungslos, und Slobodan Milosevic und mehrere weitere namhafte Personen ausgeliefert. Vor kurzem kam jedoch die Zusammenarbeit zum Stillstand. Der ehemalige bosnisch-serbische General Ratko Mladic ist noch immer auf freiem Fuß, und vier serbische Generäle wurden nicht ausgeliefert. Nach negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit hat die Regierung die Auslieferung der Angeklagten verschoben.

² Bericht der OSCE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmission zu den Kommunalwahlen in der Republik Montenegro am 21. Juni 2002, World Markets Country Analysis: „Montenegro Heads for Early Election“ vom 11. Juli 2002 und „Controversy over 6 October Montenegro Elections“ vom 22. Juli 2002.

³ OSCE/ODIHR Election Observation, Abschlussbericht vom 28. November 2002.

Bei den **Präsidenten-Direktwahlen** am 11. Mai 2003 wurde Filip Vujanovic von den montenegrinischen Wählern zum Präsidenten gewählt. Vujanovic, der Kandidat der regierenden DPS, belegte ohne Schwierigkeiten den ersten Platz und errang ungefähr 64 % der Wählerstimmen. Filip Vujanovic hatte auch die Präsidentenwahlen im Dezember 2002 und im Februar 2003 gewonnen, die jedoch für ungültig erklärt worden waren, weil die Wahlbeteiligung unter der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestschwelle von 50 % gelegen hatte.

Im Mai 2003 legten die wichtigsten Oppositionsparteien – die Sozialistische Volkspartei (SNP), der Liberale Bund Montenegros (LSCG), die Volkspartei (NS) und die Serbische Volkspartei (SNS) – als Protest gegen die Entscheidung der staatlich kontrollierten Sendeanstalt Radio Televizija Crne Gore, die vollständige Ausstrahlung der Parlamentssitzungen einzustellen, ihre Parlamentsmandate nieder. Obwohl die Parteien bei ihrem Boykott bleiben, können Djukanovics DPS und die Sozialdemokratische Partei (SDP), die beiden Mitglieder der Regierungskoalition, weiter regieren, weil die Anzahl ihrer Abgeordneten für die Beschlussfähigkeit des Parlaments ausreichend ist. Nach Auffassung von Experten könnte jedoch ein langfristiger Parlamentsboykott der Glaubwürdigkeit der Regierung ernststen Schaden zufügen und der Umsetzung von Gesetzen auf lokaler Ebene hinderlich sein.

Die EU hatte 2002 eine lose Union zwischen den Republiken Serbien und Montenegro befürwortet, doch erst mit deren Ratifizierung durch das Unionsparlament und die Republikenparlamente im Februar 2003 wurde Serbien und Montenegro offiziell ins Leben gerufen und trat die Nachfolge der Bundesrepublik Jugoslawien an. Bis 2006 kann keine der Parteien ein Referendum zur Unabhängigkeit abhalten. In der Praxis gerät jedoch Ministerpräsident Milo Djukanovic zunehmend unter Druck, sich für ein Referendum vor diesem Zeitpunkt einzusetzen. Im August 2004 gab er bekannt, er habe vor, ein Referendum anzuberaumen, machte jedoch einen Rückzieher, als die Europäische Union klarstellte, dass sie dagegen wäre. Dabei erklärte er aber, er werde weiter für ein Abkommen eintreten, durch das die Union schon vor 2006 aufgelöst würde. Meinungsumfragen belegen, dass die Wähler bei einem Referendum zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Unabhängigkeit Montenegros kaum zustimmen dürften.

2.2.3 Kosovo

Seit dem 10. Juni 1999 steht das Kosovo laut Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen unter einstweiliger internationaler (UN) Verwaltung. Obwohl das Kosovo in der Praxis von der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen (UNMIK) regiert wird, gilt es offiziell nach wie vor als Bestandteil Serbiens. Welchen Status es letzten Endes haben wird, ist offen. Die Suche nach einer Lösung für das Unabhängigkeitsstreben der Albaner und den von Belgrad geförderten Wunsch der Serben, die serbische Souveränität wiederherzustellen (wenn auch unter Zugestehung weit reichender politischer Autonomie) zählt zu den schwierigsten Problemen in der Region.

Die **UNMIK** wird derzeit von Soren Jessen-Petersen geleitet. Er ist der Nachfolger von Harri Holkeri, der nach den Unruhen vom März 2004 zurücktrat. Der Gewaltausbruch vom März war ein schwerer Rückschlag für die langsame Verbesserung der Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen. Zur Umsetzung ihres Mandats hat die UNMIK vier Pfeiler installiert, durch die die Vereinten Nationen, die OSZE und die EU einbezogen werden. Die Pfeiler I und II (Politik und Inneres, Zivile Verwaltung) sind unmittelbar den UN unterstellt, während für

Pfeiler III (Demokratisierung und Aufbau von Institutionen) die OSZE und für Pfeiler IV (Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung) die Europäische Union federführend sind. Laut Resolution 1244 ist die UNMIK bis zum Erreichen einer politischen Regelung für die Übergangsverwaltung des Kosovo sowie für die Anbahnung und Überwachung des Aufbaus vorläufiger demokratischer und autonomer Selbstverwaltungseinrichtungen zuständig, was auch die Abhaltung von Wahlen einschließt.

Die Legislativwahlen vom 17. November 2001 für ein Interimsparlament und eine Interimsregierung im Kosovo gewannen Ibrahim Rugova und seine Demokratische Liga des Kosovo (LDK).

Kommunalwahlen fanden am 26. Oktober 2002 im Kosovo statt. Ibrahim Rugovas LDK stellte die meisten Stadträte in den 30 Gemeinden des Kosovo, die Demokratische Partei des Kosovo belegte den zweiten Platz, während sich die serbischen Parteien und Verbände den dritten Platz sicherten.¹ Die Kosovo-Serben hatten nur in den fünf Gemeinden, in denen sie in der Mehrheit waren, an den Wahlen teilgenommen und die Wahlen in den anderen boykottiert.

Die ersten *Gespräche auf hoher Ebene* zwischen offiziellen Vertretern Serbiens und des Kosovo seit dem Krieg von 1999 fanden am 14. Oktober 2003 statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen vier Themengebiete: die Flüchtlingsrückführung, die Vermissten, Kommunikation und Verkehr und der Energiesektor. Arbeitsgruppen aus Beamten Serbiens und Vertretern der örtlichen kosovo-albanischen Behörden werden ihre Aussprache über diese Themen fortführen. Das Treffen machte jedoch zugleich die bestehenden Differenzen deutlich: Während der Präsident des Kosovo, Rugova, auf einem unabhängigen Kosovo bestand, beharrte der stellvertretende serbische Ministerpräsident Nebojsa Covic auf der Auffassung, dass Kosovo Bestandteil Serbiens sei. In Erwartung des Dialogs hatten das serbische Parlament (und nach ihm das gemeinsame Parlament von Serbien und Montenegro) bereits im August 2003 eine Erklärung verabschiedet, in der es hieß, das Kosovo sollte eine mit weit reichender Autonomie ausgestattete Provinz Serbiens bleiben.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 23. Oktober 2004 im Kosovo haben den Sieg der Demokratischen Liga des Kosovo (DLK), der Partei des derzeitigen Präsidenten Ibrahim Rugova, besiegelt, die 47 der 120 Parlamentssitze errang. Somit müsste eine Koalitionsregierung gebildet werden. Von der serbischen Minderheit wurden die Wahlen trotz der widersprüchlichen Anweisungen Belgrads² massiv boykottiert, sie dürfte allerdings dennoch über die zehn Sitze verfügen, die ihr von vornherein sicher waren³.

Gespräche über den endgültigen Status des Kosovo waren zunächst bereits für Mitte 2005 angesetzt worden. Nach dem Ausbruch von Gewalt in der Provinz im März 2004 wiederholten die Vereinten Nationen noch einmal ihren Standpunkt, dass vor der Lösung der Statusfrage bestimmte Standards eingehalten werden müssten und legten ein überarbeitetes Programm der zu erfüllenden Schlüsselstandards vor. Hierzu zählen Rechtsstaatlichkeit, Institutionen, Freizügigkeit, Flüchtlingsrückführung, Wirtschaft, Eigentum, Rechte, der Dialog zwischen Pristina und Belgrad über praktische Fragen und die Verbesserung der Professionalität des

¹ Reuters Business Briefing, 3. November 2002.

² Während der Präsident Serbiens, Boris Tadic, die Serben des Kosovo zur Teilnahme an den Wahlen aufgerufen hatte, schlossen sich zahlreiche Vertreter der serbischen Führung, unter ihnen Ministerpräsident Vojislav Kostunica, mit ihrem Aufruf zum Wahlboykott der Position der serbischen orthodoxen Kirche an.

³ Noch nicht einmal als 1 % der Kosovo-Serben sind an die Wahlen getreten.

Kosovo-Schutzkorps (KPC). Obwohl bei einigen Gesprächen über praktische Fragen Fortschritte erzielt wurden, erscheint die Aufgabe, diese Standards bis Mitte 2005 zu erfüllen, nachgerade unerreichbar, vor allem nach den Ereignissen vom März 2004 und dem jüngsten Boykott der Parlamentswahlen.

2.2.4 *Vojvodina*

Vor kurzem gab es Berichte über eine Zunahme von Handlungen, die gegen Mitglieder der ungarischen und anderer ethnischer Minderheiten in der Vojvodina waren. Wie die serbische Polizei mitteilte, ist es in den vergangenen 20 Monaten zu mehr als 50 ethnisch motivierten Vorfällen gekommen. Dabei handelte es sich um Schlägereien, Angriffe, Friedhofsschändungen und antiungarische Graffiti-schmierereien. Ungarischstämmige Politiker in der Vojvodina und Politiker aus Ungarn selbst führen Beschwerde, die serbische Polizei habe keine Verhaftungen vorgenommen und keine Untersuchungen von Gewaltakten gegen Ungarn in der Vojvodina angestrengt. Am 16. September wurde vom Europäischen Parlament eine Entschließung verabschiedet, in der gefordert wurde, eine Untersuchungsmission in die Provinz Vojvodina zu entsenden und Rat und Kommission aufgefordert wurden, die Frage der Minderheitenrechte in der Vojvodina den serbischen Behörden gegenüber anzusprechen und auf Maßnahmen zu dringen, damit derartige Vorkommnisse in Zukunft verhindert werden.

2.3. **Außenpolitik**

Die neue Staatenunion Serbien und Montenegro hat die im Großen und Ganzen prowestliche Außenpolitik fortgesetzt, die vom ehemaligen Jugoslawien seit dem Sturz von Slobodan Milosevic im Oktober 2000 eingeschlagen worden war. Seit dem Tod von Zoran Djindic im März 2003 sind die serbischen Behörden stärker bemüht, Personen, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt wurden, an den IStGHJ in Den Haag auszuliefern, was zu einer Verbesserung ihrer Beziehungen zur Europäischen Union und den USA geführt hat.

Der serbische Präsident Boris Tadic brach fast unmittelbar nach seiner Amtseinführung zu einer einwöchigen USA-Reise auf und führte Gespräche mit führenden Persönlichkeiten. Da Serbien und Montenegro jedoch die Unterzeichnung eines Abkommens über die Nichtauslieferung von US-Bürgern an den Internationalen Strafgerichtshof (*IStGH*) verweigerte, droht 2003/04 der Verlust mehrerer Millionen Dollar an US-Militärhilfe. Abgesehen von dem Druck vonseiten der EU, sind es vor allem innenpolitische Gründe, aus denen Serbien und Montenegro sich bisher der Unterzeichnung entzogen hat. Zoran Zivkovic sagte, er wisse nicht, wie er der serbischen Bevölkerung erklären solle, weshalb die Regierung helfen sollte, USA-Bürger vor einer etwaigen Verfolgung durch den IStGH zu schützen, wenn die USA gleichzeitig Serbien unter Druck setzten, Personen, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, dem IStGHJ zu übergeben.

Die Beziehungen zu Russland sind weiterhin gut, wozu auch der Umstand beiträgt, dass russische Anleger inzwischen Interesse an Investitionen im Lande bekunden, insbesondere in Montenegro. Serbien weiß die Tatsache zu schätzen, dass Russland nach den Gewaltausbrüchen im Kosovo dem Land im März 2004 umfangreiche Hilfe zukommen ließ.

Anfang April 2003 wurde Serbien und Montenegro offiziell als 45. Mitglied in den *Europarat* aufgenommen. Im Juni 2003 beantragte Serbien und Montenegro offiziell die Teilnahme am Programm der *NATO-Partnerschaft für den Frieden* (PfP), das als Sprungbrett für eine

eventuelle Mitgliedschaft in der Allianz gilt. Von offiziellen Vertretern der NATO war jedoch zu hören, Serbien müsse zuerst General Ratko Mladic verhaften (oder verhaften helfen), den sich weiterhin auf freiem Fuß befindlichen früheren Kommandeur des bosnisch-serbischen Heeres, den das IStGHJ beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben, und verschiedene weitere Vorbedingungen erfüllen.

Wesentliche Fortschritte kann Serbien und Montenegro bei der Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu seinen *Nachbarländern* vorweisen, insbesondere zu den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien. Am 25. Mai 2001 wurde ein Vertrag über die Aufteilung des Vermögens der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) unter den Nachfolgestaaten geschlossen. Seine endgültige Unterzeichnung erfolgte am 29. Juni 2001. Im Juni 2001 setzten Albanien, Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Rumänien und Serbien und Montenegro ihre Unterschriften unter eine Absichtserklärung zur Liberalisierung des Handels in der Region, in dem der Aufbau eines Netzes von *Handelsabkommen* bis Ende 2002 vorgesehen ist, mit dem innerhalb eines Übergangszeitraums von sechs Jahren mindestens 90 % des Handels zwischen den Parteien liberalisiert werden soll.¹

Die Beziehungen Serbien und Montenegros zu *Kroatien* erfuhren am 10. September 2003, als der kroatische Präsident Stipe Mesic Belgrad den ersten offiziellen Besuch eines kroatischen Staatsoberhauptes seit 1991 abstattete, eine weitere Verbesserung. Stipe Mesic und Svetozar Marovic, der Präsident der Staatenunion, entschuldigten sich gegenseitig für die Verbrechen, die während des Krieges von 1991-1995 begangen wurden. Die Beziehungen zu *Albanien* sind mit der Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen im September 2002 und dem verstärkten Dialog auf politischer Ebene erheblich besser geworden. Die Entschließung des serbischen Parlaments, in der die Provinz Kosovo zu einem integralen Bestandteil Serbiens erklärt wurde, hat jedoch zu Spannungen zwischen den beiden Ländern geführt. Von der albanischen Regierung wurde vor kurzem ein Freihandelsabkommen mit dem Kosovo unterzeichnet, was Proteste vonseiten Serbien und Montenegros nach sich zog.

¹ Einzelheiten siehe unter: <http://www.stabilitypact.org/regional.html>.

II. WIRTSCHAFTLICHE LAGE

1. *Einleitung*

Serbien und Montenegro entstand Anfang 2003 als eine neue, lockerere Union der beiden Republiken. Ihre Volkswirtschaften sind recht unterschiedlich, und obwohl insbesondere die Europäische Union als Voraussetzung für eine engere Integration in die EU auf Harmonisierung dringt, ist diese nicht leicht zu bewerkstelligen.

Die Regionalkriege, die Verhängung internationaler Sanktionen und das Wegbrechen des ehemaligen jugoslawischen Marktes ließen das BIP Ende der 1990er Jahre nur noch ungefähr die Hälfte seines Stands von 1989 erreichen und verhinderten eine durchgreifende Reform der serbischen Wirtschaft in diesem Zeitraum. Die reformorientierte und prowestliche Regierung nach Milosevic kam jedoch rasch voran, und heute ist das Land in der internationalen Wirtschafts- und Politikgemeinschaft kein Paria mehr.

Die Bevölkerung und Wirtschaft Montenegros sind wesentlich kleiner als die serbische; sie machen nur ungefähr 7 % der serbischen Wirtschaft aus. Bei ihren Bemühungen um größere Unabhängigkeit von Serbien hat die Republik abweichende Rechtsvorschriften erlassen und ein eigenes Finanz-, Steuer- und Zollsystem eingeführt. Ihre makroökonomischen Ziele weisen jedoch große Ähnlichkeiten mit den serbischen auf. Podgorica ist bisher bei der Einführung eines unternehmensfreundlichen rechtlichen Umfelds rascher vorangekommen als Belgrad. Auch in der Verwaltungsreform gibt es dort größere Fortschritte. Mangelnde Transparenz und mithin Wettbewerbsfähigkeit geben jedoch noch immer Anlass zur Sorge.

2. *Wirtschaftspolitik*

Während die erste Regierung nach Milosevic das Land erfolgreich auf eine noch störanfällige gesamtwirtschaftliche Stabilisierung einswor, ließ die Verabschiedung der entscheidenden Rechtsvorschriften als Folge politischer Reibereien oder der allgemeinen Furcht vor sozialer Unzufriedenheit zu wünschen übrig. Der Regierung Kostunica gehören einige bekannte liberale Wirtschaftsreformer an, ihrem Spielraum sind jedoch durch die populistischen Tendenzen anderer Regierungsmitglieder und durch die Tatsache Grenzen gesetzt, dass es der Regierung an Unterstützung im Parlament mangelt.

Im makroökonomischen Bereich konzentriert sich die Strategie des Staates auf die Aufrechterhaltung der Währungsstabilität, die weitere Senkung der Inflation und die Reform der Staatsausgaben. Um Produktion und Wachstum anzukurbeln, ist das Hauptaugenmerk auf die Gewinnung ausländischer Investoren gerichtet, für die die Attraktivität des Landes als Wirtschaftsstandort u.a. durch bessere rechtliche Rahmenbedingungen, etwa durch das neue Gesetz über die Registereintragung von Unternehmen oder das neue Insolvenzgesetz, erhöht werden soll. Diese Reformen bauen im Wesentlichen auf Initiativen auf, die von der Regierung Djindjic auf den Weg gebracht, aber nicht umgesetzt wurden. Im Privatisierungsprogramm war 2003, als von den serbischen Behörden eine Reihe größerer Verkaufsabschlüsse getätigt wurde, eine deutliche Beschleunigung zu verzeichnen¹. Differenzen innerhalb der Regierung zum

¹ Aleksandar Vlahovic, der Minister für Wirtschaft und Privatisierung, hat erklärt, dass im Zeitraum zwischen Anfang 2001 und Ende Februar 2004 1117 Unternehmen in Privathand überführt wurden. Diese Verkäufe brachten 1,3 Mrd. EUR Einnahmen für den Staatshaushalt, 775 Mio. EUR Neuinvestitionen und 280 Mio. EUR für Sozialprogramme ein.

Thema Privatisierung zogen jedoch 2004 eine Verlangsamung der Umstrukturierung und des Verkaufs staatseigener Vermögenswerte nach sich. In Montenegro hat die Privatisierung, wie die Kommission festgestellt hat, noch keine zufriedenstellenden Ergebnisse gezeitigt, dort sind 40 % der Industrie noch immer in staatlichem Besitz.

Die wirtschaftliche Reintegration von Serbien und Montenegro bleibt weiter eine schwierige Aufgabe. Ende August 2003 erfolgte die endgültige Verabschiedung des Aktionsplans für Handel und Binnenmarkt durch das Parlament von Serbien und Montenegro. Dieser Aktionsplan sieht eine Harmonisierung der Einfuhrzölle für mehr als 8500 Produkte vor. Die beiden Republiken haben sich auf die umgehende Einführung einheitlicher Zölle für 93 % dieser Waren festgelegt.

3. Hauptsektoren

3.1. Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist in Serbien ein wichtiger Sektor, für Montenegro gilt dies in wesentlich geringerem Maße. In Serbien gibt sie rund 17 % der Bevölkerung Lohn und Brot und macht einen ungefähr ebenso großen Bestandteil der Gesamtwirtschaft aus, die kurzfristig von ausreichenden Ausfuhren aus diesem Sektor abhängig ist. In den Niederungen im Norden des Landes werden Weizen, Mais, Sonnenblumenöl, Zuckerrüben und Tabak erzeugt. Der Obstbau nimmt ebenfalls einen bedeutenden Platz ein, und auch die Viehwirtschaft spielt eine große Rolle. Ungefähr 85 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen befinden sich in Besitz des privaten Sektors und erbrachten 2001 83 % der landwirtschaftlichen Bruttoerzeugung.

3.2. Verarbeitendes Gewerbe

Bereits vor 1999 hatten das Wegbrechen der Verbindungen zu den anderen jugoslawischen Republiken und die internationale Isolation in wichtigen Sektoren ihren Tribut gefordert. Heute entwickelt sich das verarbeitende Gewerbe wieder zu einer wachsenden Quelle von Exporteinnahmen. Die Lebensmittelverarbeitung macht ungefähr 20 % der Industrieproduktion aus. Andere wichtige Sektoren sind der Fahrzeugbau, Investitionsanlagen, chemische Erzeugnisse, Zement, Stahl und Textilien.

3.3. Bergbau

Serbien und Montenegro besitzt Blei-, Zink-, Eisen-, Nickel-, Silber-, Magnesium-, Aluminium- (in Montenegro) und Bauxitvorkommen (ebenfalls hauptsächlich in Montenegro), obwohl der Abbau vieler Vorkommen zurückgegangen ist. Darüber hinaus sind Braunkohle-, Erdöl- und Erdgasvorkommen vorhanden. 30 % der Braunkohlevorkommen befinden sich jedoch in der Provinz Kosovo, deren künftiger Status nach wie vor ungewiss ist.

3.4. Finanzdienstleistungen

Das Vertrauen in das serbische Bankensystem ging verloren, als im Zuge der Kriege von 1991/92 die Spareinlagen der Bevölkerung in harter Währung eingezogen wurden. In der Zeit nach Milosevic sind allein in den vergangenen drei Jahren in dem Versuch, Ordnung im Sektor zu schaffen, insgesamt 24 Banken geschlossen worden, es bleibt jedoch weiterhin viel zu tun. Die Erfahrungen der anderen Reformländer legen die Vermutung nahe, dass die Probleme des

Bankensektors der Staatenunion sich erst durch umfangreiche ausländische Investitionen in diesen Sektor werden lösen lassen.

3.5. Fremdenverkehr

Ende der 1980er Jahre, vor dem Auseinanderbrechen des früheren Jugoslawien, setzte in der Fremdenverkehrsbranche in Serbien und Montenegro ein Rückgang ein, der in den 1990er Jahren als Folge von Krieg und internationalen Sanktionsmaßnahmen andauerte. Obwohl Serbien mit Ausnahme spezieller Orte wie zum Beispiel mittelalterlicher Kloster kein bevorzugtes Reiseziel für Ausländer war, spielt die Entwicklung der Fremdenverkehrsbranche für Montenegro mit seinen herrlichen Stränden eine wesentlich größere Rolle.

4. Die Staatenunion und die internationalen Finanzinstitutionen

Im Mai 2002 stimmte der IWF einer Erweiterten Kreditvereinbarung im Umfang von 650 Mio. SZR (etwa 929 Mio. US-Dollar) zur Unterstützung des Wirtschaftsprogramms für den Zeitraum 2002-2005 zu. Das IWF-Direktorium schloss die zweite Überprüfung der Ergebnisse, die von Serbien und Montenegro im Rahmen der im Juli 2003 geschlossenen Vereinbarung erzielt worden waren, ab und ermöglichte dem Land die sofortige Inanspruchnahme von 147 Mio. US-Dollar. Der IWF kam zu dem Fazit, dass die makroökonomische Politik auf dem richtigen Wege sei und schätzte die wirtschaftlichen Ziele für die verbleibende Zeit des Jahres 2003 als solide ein. Gleichzeitig verwies er jedoch auf den Umstand, dass das große Leistungsbilanzdefizit zu einer störungsempfindlichen Position gegenüber dem Ausland führe und dass die Absicht der Behörden zur Fortführung der strukturellen Reformen für die Gewinnung von ausländischen Direktinvestitionen entscheidend sei. Im April 2004 genehmigte der IWF die Auszahlung eines 137-Millionen-Dollar-Kredits im Rahmen der Erweiterten Kreditvereinbarung mit Serbien und Montenegro.

Am 8. Mai 2001 gab die **Weltbank** bekannt, dass Jugoslawien als Mitglied dieser Finanzinstitution aufgenommen worden sei. Gleichzeitig wurde einem Plan zur Regelung der Verbindlichkeiten des Landes gegenüber der Weltbank in Höhe von 1,9 Mrd. EUR zugestimmt. Die Weltbank hatte sich bereits nach dem Regierungswechsel vom September 2000 wieder in der Bundesrepublik Jugoslawien engagiert. Derzeit unterstützt sie Serbien und Montenegro über ein Übergangshilfestrategie, die dem Land im Zeitraum von drei Jahren die Inanspruchnahme von bis zu sechs Darlehen zur Unterstützung des Regierungsprogramms im Umfang von bis zu 540 Mio. USD ermöglicht.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (**EBWE**) hat im Jahr 2000 ebenfalls rasch auf die demokratischen Veränderungen in Jugoslawien reagiert. Der Beitrittsantrag des Landes wurde genehmigt und im Januar 2001 wirksam. Am 31. Dezember 2002 belief sich das kumulative Nettogeschäftsvolumen der Bank in Serbien und Montenegro auf 366,4 Mio. EUR. Investitionen wurden in den Bereichen Energiewirtschaft, Verkehr (Eisenbahn), kommunale Infrastruktur, Finanzen und örtliche Privatunternehmen getätigt.

5. Derzeitige Tendenzen

5.1. Wirtschaftswachstum

Nach einem revidierten Wirtschaftswachstum von 4,0 % im Jahr 2002 erfolgte 2003 eine geschätzte Zunahme des BIP um 3,0 %. Beobachter¹ schreiben das Verdienst am BIP-Wachstum den langfristigen Bruttoinvestitionen zu. Nach Sektor differenziert, ist das BIP im vergangenen Jahr durch die schlechten Ergebnisse von Industrie und Landwirtschaft niedriger ausgefallen. Die Industrie erholte sich nur langsam, und der heiße Sommer von 2003 schadete dem Ergebnis des Agrarsektors.

Zu Jahresbeginn hatte die Regierung einen BIP-Anstieg von 4,0 % im Jahr 2004 angekündigt; wie Finanzminister Dinkic im August jedoch bekannt gab, konnte diese Prognose aufgrund der guten Ergebnisse der Industrie auf 6,0 % angehoben werden.

5.2. Inflation

Die Abschaffung der Preiskontrolle für einige Güter nach der Niederlage Slobodan Milosevics im Oktober 2000 führte dazu, dass Serbien 2001 eine durchschnittliche Jahresinflation der Einzelhandelspreise von 91 % verzeichnete. Die Inflation gehörte zu den Bereichen, denen 2003 das Hauptaugenmerk der serbischen Behörden gegolten hat. Das Land war auf diesem Gebiet sehr erfolgreich und konnte den Anstieg der Einzelhandelspreise stark verlangsamen. Allein in Serbien war die Inflationsrate am Jahresende von 14,8 % im Vorjahr auf 7,8 % gesunken. In Montenegro fiel der Preisanstieg sogar noch niedriger aus. Zusammen mit der Nationalbank von Serbien (NBS) arbeitet die Regierung intensiv darauf hin, die durchschnittliche Jahresinflation 2004, für die die Regierung 8,5 % voraussagt, niedrig zu halten. Darüber hinaus dürfte das schmutzige Floaten des Dinar dazu beitragen, die Inflation unter Kontrolle zu halten.

5.3. Geldpolitik

Serbiens Leistungsbilanzdefizit erreichte 2003 einen Stand von 1,93 Mrd. USD, was mehr als dreimal so hoch ist wie das Defizit von 2001. Beobachtern² zufolge dürfte das Leistungsbilanzdefizit der Staatenunion 2004 weiter ansteigen, und zwar auf ungefähr 3 Mrd. USD. Der drastische Anstieg des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts im Zeitraum 2002-2004 spiegelt das wachsende Handelsdefizit wider. Der IWF zeigt sich zunehmend besorgt über das hohe Zahlungsbilanzdefizit der Staatenunion, das die niedrige Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure (eine Situation, die durch die reale Aufwertung des Dinar 2001/2002 zusätzlich zugespitzt wurde) und ein schwaches Umfeld belegt³. Höhere Leistungsbilanzdefizite könnten die serbische Regierung stärker unter Druck setzen, Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Erzeuger einzuführen und in Erwägung zu ziehen, einer rascheren nominellen Abwertung des Dinars gegenüber dem Euro zuzustimmen.

Serbien und Montenegro hat im vergangenen Jahr einen großen Teil seines Leistungsbilanzdefizits mit Auslandshilfe und ausländischen Direktinvestitionen ausgeglichen.

¹ World Markets Analysis.

² Economist International Unit (EIU).

³ Miroljub Labus, der Stellvertretende Ministerpräsident Serbiens, erklärte am 28. September 2004, der IWF fordere Unmögliches, wenn er für 2005 auf ein Haushaltsdefizit von nur 1 % des BIP dringe.

Die Auslandshilfen dürften jedoch mittelfristig zurückgehen und die ausländischen Direktinvestitionen allein nicht ausreichen, um Leistungsbilanzdefizite abzudecken.

Ende Juli 2004 belief sich Serbiens Gesamtauslandsverschuldung nach Aussagen der Nationalbank von Serbien auf 12,16 Mrd. USD, davon 1,15 Mrd. Dollar Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Kosovo.

In den Jahren 2001-2002 bestand das Ziel der Nationalbank von Jugoslawien darin, den nominellen Wechselkurs des Dinar zum Euro stabil bei einem Satz von ungefähr 60 : 1 zu halten. Das war der Anlass für eine starke reale Aufwertung der Landeswährung, die zu Befürchtungen führte, der Dinar könnte überbewertet werden und die Wettbewerbsfähigkeit der serbischen Exporteure beeinträchtigen. Die Politik des „harten Dinars“ in den Jahren 2001-2002 wurde dann 2003 abgemildert, und bis September 2004 fiel der Wechselkurs des Dinars zum Euro als Reaktion auf die Sorge über die ungewisse politische Lage in Serbien und den drastischen Anstieg des Handelsdefizits auf ungefähr 74,5 : 1.

5.4. Handel

Das Datenmaterial zum Handel hat deutlich gemacht, dass das Wachstum der Einfuhren im Jahr 2003 die Zunahme der Ausfuhren das dritte Jahr in Folge überstieg. Die Einfuhren stiegen im vergangenen Jahr in Dollar ausgedrückt um 18,8 % an, während die Ausfuhren nur um 11,5 % zunahmen. Das Außenhandelsdefizit, das sich 2002 auf 4,045 Mio. USD belaufen hatte, erreichte 4,974 Mio. USD (36,8 % des BIP)¹.

Serbiens wichtigsten Ausfuhrposten bildeten im vergangenen Jahr Obst und Gemüse, die 9,2 % der Gesamtausfuhren ausmachten. Eisen und Stahl lagen an zweiter Stelle, gefolgt von Bekleidung, Gummierzeugnissen und Nichteisenmetallen. Serbiens wichtigste Einfuhren betrafen Erdöl und Erdölprodukte, die 9,6 % der Gesamteinfuhren stellten. Serbien und Montenegro wickelte 2003 ungefähr 40 % seines bilateralen Handels mit EU-Ländern ab, insbesondere mit Deutschland, Italien und Frankreich. Russland zählte 2003 mit 13,7 % der Einfuhren und 5 % der Ausfuhren weiterhin zu den wichtigsten Handelspartnern der Staatenunion; diesem Land gegenüber ist auch das bilaterale Defizit von Serbien und Montenegro am größten. Die Staatenunion erzielt nach wie vor große bilaterale Überschüsse mit Bosnien und Herzegowina (BiH) und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, ihren Hauptpartnern in der Balkanregion.

Serbien und Montenegro hat Freihandelsabkommen mit Albanien, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Republik Moldau und Rumänien unterzeichnet. Diese Abkommen sind Bestandteil des durch den EU-Stabilitätspakt für Südosteuropa unterstützten Programms für den Aufbau einer Freihandelszone für Industriewaren in der Region bis zum 1. Januar 2007.

5.5. Arbeitslosigkeit und Armut

Die *Arbeitslosigkeit* ist nach wie vor sehr hoch: Die amtlichen Zahlen reichen von 25 % in Serbien bis 30 % in Montenegro. Das amtliche Zahlenmaterial ist jedoch unvollständig, und nach Auffassung der Kommission könnte die tatsächliche Arbeitslosigkeit wesentlich geringer

¹ World Markets Analysis.
NT\549048DE.doc
Externe Übersetzung

sein. Die für Serbien vorliegenden Erhebungsdaten deuten auf einen Stand von 15 %, wenn die nicht berücksichtigte offizielle Wirtschaft und die Schattenwirtschaft mit einbezogen werden.

Die *Armut* hat in der Bundesrepublik Jugoslawien in den 1990er Jahren drastisch zugenommen und stellt für Serbien und Montenegro weiterhin ein großes Problem dar. In Serbien lebt ein Drittel der Bevölkerung in relativer Armut (von monatlich weniger als 30 Euro pro Person), und bei fast einem Fünftel wird davon ausgegangen, dass es in absoluter Armut lebt (von weniger als 20 Euro). In Montenegro fristen 27 % der Bevölkerung ihr Leben unterhalb der relativen Armutsgrenze (unter 45 Euro).¹

¹ Europäische Kommission, Serbien und Montenegro: Stabilisierungs- und Assoziierungsbericht, 26.3.2003, SEK (2003) 343.

III. BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND SERBIEN UND MONTENEGRO

1. *Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess*

Sofort nach dem Regimewechsel vom Oktober 2000 nahm die Europäische Union ihre Beziehungen zur Belgrader Führung auf Bundes- und Republikebene wieder auf und hob die meisten Sanktionen¹, die gegen die Bundesrepublik Jugoslawien verhängt worden waren, rasch auf. Mit Wirkung vom 1. Dezember 2000 nahm die EU die Bundesrepublik Jugoslawien in das liberalisierte Handelspräferenzregime der EG für die Region auf. Die BRJ wurde darüber hinaus voll in den *Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess* (SAP) einbezogen und nahm bereits am ersten Gipfeltreffen (Zagreb, November 2000) zwischen der EU und den SAP-Staaten teil. Der SAP für die Länder des westlichen Balkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, BRJ und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) war 1999 als der wichtigste Beitrag der EU zum Stabilitätspakt aus der Taufe gehoben worden. Er steckt den strategischen Rahmen für die Beziehungen dieser Länder zur EU ab, indem neue vertragliche Beziehungen (Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen) mit einem Hilfeprogramm (CARDS) verbunden werden. Dabei handelt es sich nicht einfach nur um einen bilateralen Prozess zwischen dem betreffenden Land und der EU, vielmehr wird der regionalen Zusammenarbeit große Bedeutung beigemessen. Auf den Europäischen Ratstagungen in Feira und Nizza (Juni und Dezember 2000) wurden die SAP-Teilnehmerstaaten ausdrücklich als potenzielle Beitrittskandidaten anerkannt und ihnen eindeutig der Beitritt in Aussicht gestellt, sobald sie die festgelegten Bedingungen erfüllen. Der Europäische Rat von Kopenhagen im Dezember 2002 bekräftigte erneut die Europa-Perspektive der Länder des westlichen Balkans und unterstrich seine Entschlossenheit, die Bemühungen dieser Staaten um Annäherung an die EU zu unterstützen.

Auf dem Gipfeltreffen von Thessaloniki am 20./21. Juni 2003 erhielt der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess neuen Auftrieb. Als Beitrag zum Gipfel hatte die Kommission im Mai 2003 eine *Mitteilung über den Westbalkan und die europäische Integration*² angenommen und darin vorgeschlagen, den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses durch Aufnahme zusätzlicher Elemente nach dem Vorbild des Heranführungsprozesses weiterzuentwickeln. Darüber hinaus regte die Kommission eine Aufstockung des CARDS-Haushalts um 200 Mio. EUR für den Zeitraum 2004-2006 an.

Gestützt auf den Vorschlag der Kommission, verabschiedete der Rat am 16. Juni die Agenda von Thessaloniki für die westlichen Balkanstaaten. Diese auf dem Gipfel von Thessaloniki bestätigte Agenda bereichert den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess um folgende Punkte:

- verstärkter politischer Dialog und intensivere Zusammenarbeit im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (einschließlich des Forums EU-Westlicher Balkan, mit einem regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs der SAP-Länder und ihrer EU-Kollegen);
- mögliche Einrichtung eines gemischten „Parlamentarischen Ausschusses für Stabilisierung und Assoziierung“ mit allen SAP-Ländern noch vor dem Inkrafttreten des jeweiligen SAA;
- für alle SAP-Länder einzurichtende europäische Partnerschaften nach dem Vorbild der Beitrittspartnerschaften für die Beitrittsländer;

¹ Mit Ausnahme der Sanktionen, die sich gegen den Ex-Präsidenten Milosevic und den mit ihm verbundenen Personenkreis richten.

² KOM (2003) 285 endg. vom 21.5.2003.

- verstärkte Unterstützung für den Aufbau der Institutionen und insbesondere die Ausweitung des Partnerschaftskonzepts auf alle SAP-Länder;
- Start von Gemeinschaftsprogrammen für die SAP-Länder nach dem Muster der Einbeziehung der Beitrittsländer;
- verstärkte finanzielle Unterstützung durch die Gemeinschaft.

Die Kommission veröffentlicht *jährliche Berichte* über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess in Südosteuropa, die von Berichten über die einzelnen Länder begleitet werden. Der **dritte Jahresbericht**, der im März 2004 veröffentlicht wurde, bezeichnete die in Serbien und Montenegro erreichten Ergebnisse als uneinheitlich. Die Verfassungscharta sei erfolgreich verabschiedet worden, müsse jedoch noch umgesetzt werden. Die Ursache hierfür sei in den anhaltenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Auslegung und Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen zu suchen, die den allgemeinen Mangel an Konsens im Lande widerspiegeln. Das schwäche die gemeinsamen Institutionen und Strategien, die für den Fortschritt und für die Entwicklung von Beziehungen zur EU unabdingbar seien. Darüber hinaus heißt es in dem Bericht, ein besonderes und ständig wiederkehrendes Thema mit Auswirkungen auf die Bemühungen des Landes zur Festigung seiner Beziehungen zur EU sei das Fehlen eines funktionierenden gemeinsamen Handelsregimes und eines gemeinsamen Marktes, das sich in sehr vielen politischen Bereichen niederschlägt. Außerdem sei durch die politische Krise in Serbien eine große Zahl von Reformgesetzen und -maßnahmen zum Stillstand gekommen. Derzeit gebe es keine vertraglich geregelten Beziehungen zwischen der EU und Serbien und Montenegro.

Nach langen Verzögerungen als Folge interner Meinungsverschiedenheiten hat **Serbien und Montenegro** im Oktober 2004 den Startschuss für einen Machbarkeitsbericht über den Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) gegeben. Darin soll bewertet werden, inwieweit das Land in der Lage ist, die weit reichenden politischen und wirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens auszuhandeln und umzusetzen. Dieser Entscheidung ist die volle Zustimmung der politischen Führung Serbiens und Montenegros zum „zweigleisigen“ Konzept der EU vorausgegangen. „Zweigleisiges“ Konzept für die SAA-Verhandlungen bedeutet, dass mit den beiden Republiken diejenigen Politikbereiche getrennt erörtert werden, die diese unabhängig voneinander verfolgen, was insbesondere auf die Handels-, die Wirtschafts- und die Sektorenpolitik zutrifft, und gleichzeitig weiterhin mit der Staatenunion auf den Gebieten zusammengearbeitet wird, für die diese zuständig ist, beispielsweise Menschenrechte und internationale politische Verpflichtungen. Die Machbarkeitsstudie soll die Ergebnisse Serbiens und Montenegros in Bezug auf die Gewährleistung demokratischer Standards einschätzen, den Stand der Sektorreformen, die Einhaltung politischer und wirtschaftlicher Kriterien der EU wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einschließlich Freiheit der Medien, den Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ sowie die Fähigkeit der Verwaltungsstrukturen, ein SAA auszuhandeln und vollständig umzusetzen. Wie die Kommission mitgeteilt hat, sollte die Studie bis März 2004 abgeschlossen sein, diese Frist sei jedoch verlängert worden, um den Behörden mehr Zeit zur Behandlung der noch verbleibenden Kernfragen zu geben, die insbesondere die politische Konditionalität, Verfassungsfragen und den Aktionsplan betreffen. Bei einem Treffen zwischen dem serbischen Ministerpräsidenten Vojislav Kostunica und Javier Solana im November 2004 äußerte Kostunica die Hoffnung, dass die Kommission ihren Machbarkeitsbericht im Frühjahr 2005 vorlegt. Wenn der Bericht positiv ausfällt, könnte die Kommission die SAA-Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten eröffnen.

2. *Finanzielle Hilfe*

Insgesamt erhielt der Staat von 1991 bis Ende 2002 Gemeinschaftsunterstützung in Höhe von mehr als 2,9 Mrd. EUR.

Seit 2001 ist das Hauptfinanzinstrument für die EU-Unterstützung der Bundesrepublik Jugoslawien das *CARDS-Programm*, das konzipiert wurde, um den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess in den Ländern Südosteuropas zu unterstützen. Seine Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 2666/2000 des Rates vom 5. Dezember 2000¹. Im Zeitraum von 2000-2003 belief sich die CARDS-Unterstützung auf insgesamt 898 Mio. EUR.

Den CARDS-Vorschriften entsprechend hat die Kommission am 27. Dezember 2001 ein *Länderstrategiepapier* verabschiedet, das die Prioritäten für die finanzielle Unterstützung zwischen 2002 und 2006 festlegt. Bei dieser Gelegenheit kündigte die Kommission auch an, dass während der drei Jahre 2002 bis 2004 für die Finanzierung der Strategie 960 Mio. EUR vorgesehen seien (Einzelheiten siehe Anhang 6). Die Länderstrategie legt drei Förderbereiche fest:

1. *Gute Staatsführung (good governance) und Aufbau der erforderlichen institutionellen Strukturen*; das Schwergewicht liegt hier auf der öffentlichen Verwaltungsreform, dem Bereich Justiz und Inneres und der Modernisierung des Zoll- und Steuersystems.
2. *Wirtschaftliche Erholung, Erneuerung und Reform* mit den Schwerpunkten Energie, Verkehr, Umwelt und Wirtschaftsentwicklung.
3. *Soziale Entwicklung und Zivilgesellschaft* mit den Schwerpunkten Hochschulbildung im Rahmen des TEMPUS-Programms, Berufsbildung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Zivilgesellschaft.

Im Laufe des Jahres **2002** flossen über das CARDS-Programm rund 359,6 Mio. EUR in die Bundesrepublik Jugoslawien. Der veranschlagte Finanzrahmen der CARDS-Unterstützung für Serbien und Montenegro im Zeitraum 2002-2004 betrug 933 Mio. EUR für das nationale Programm sowie einen Anteil des CARDS-Regionalprogramms für Maßnahmen auf Bundesebene, auf Republikenebene und im Kosovo. In Serbien und auf Bundesebene standen der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Wirtschaftsreform, die Zivilgesellschaft und die Medien im Mittelpunkt des Programms 2002 (180 Mio. EUR). Das Hauptaugenmerk des Programms 2003 (240 Mio. EUR) liegt neben der Wirtschaftsreform vor allem auf einer guten Staatsführung, dem Aufbau der erforderlichen institutionellen Strukturen und der Verbesserung der Verwaltung der öffentlichen Finanzen auf Bundes-, Republik- und lokaler Ebene. Für Montenegro bezifferte sich das Programm 2002 auf 15 Mio. EUR, im Mittelpunkt standen der Aufbau der erforderlichen institutionellen Strukturen und der Verkehr. Das Programm 2003 galt vor allem den Bereichen Energie, Justiz- und Grenzpolizeireform und Umwelt. Gegenstand des Programms 2002 für Kosovo (147 Mio. EUR) waren hauptsächlich die öffentliche Verwaltung, der Wiederaufbau und die Reform der Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und die Medien. Das Programm 2003 (53 Mio. EUR) konzentrierte sich auf die Bereiche Energie, Wirtschaftsentwicklung, Aufbau der erforderlichen institutionellen Strukturen, Bildung und Rückkehr von Flüchtlingen. Darüber hinaus kam dem Staat auch das CARDS-

¹ ABl. L 306 vom 7.12.2000, S. 1.

Regionalprogramm zugute. Im Programm 2004 kam eine allmähliche Akzentverschiebung hin zu längerfristiger Entwicklungshilfe und zur weiteren Förderung der institutionellen Reform zum Ausdruck, wobei 214 Mio. EUR für Serbien und die Bundesebene und 15 Mio. EUR für Montenegro bereitgestellt wurden.

Die humanitären Hilfeleistungen der EG (ECHO) beliefen sich 2002 auf 39,5 Mio. EUR (37,5 Mio. EUR für Serbien und 2 Mio. EUR für das Kosovo).

Am 5. November 2002 verabschiedete der Rat einen Beschluss über eine weitere **Finanzhilfe** für die Bundesrepublik Jugoslawien¹ in Höhe von bis zu 130 Mio. EUR. Diese Hilfe besteht aus einer Zuschusskomponente mit einem Höchstbetrag von 75 Mio. EUR und einer Darlehenskomponente mit einem Kapitalbetrag von höchstens 55 Mio. EUR. Ziel dieser Hilfe ist es, vor dem Hintergrund der Erweiterten Kreditvereinbarung des IWF die Wirtschaftspolitik und insbesondere die Zahlungsbilanz zu stützen und die Devisenposition des Landes zu stärken. Im August 2003 schlug die Kommission vor, den Beschluss des Rats dahingehend abzuändern, dass der Hilfesummebetrag um 70 Mio. auf 200 Mio. EUR aufgestockt wird (davon 45 Mio. EUR als Zuschuss und 25 Mio. EUR als Darlehen)². Beide Tranchen dieser Hilfe in Höhe von 40 Mio. EUR bzw. 65 Mio. EUR wurden 2003 ausgezahlt. Im Oktober 2004 verlängerte die Kommission den Unterstützungszeitraum bis Juni 2006, da die verbleibende dritte Tranche in Höhe von 25 Mio. EUR noch nicht in Anspruch genommen war. Im November 2003 hatte der Rat beschlossen, den Hilfebetrag um 70 Mio. EUR auf 200 Mio. EUR zu erhöhen, um zur Deckung des vom IWF festgestellten zusätzlichen Finanzbedarfs beizutragen. Darüber hinaus wurden 45 Mio. EUR für 2004 gebunden und 2005 Zahlungsermächtigungen in Höhe von 10 Mio. EUR und 45 Mio. EUR erteilt.

Die Europäische Investitionsbank (**EIB**) hatte bis Ende 2002 Projekte im Gesamtumfang von 336 Mio. EUR genehmigt, die den Bereich Verkehr sowie Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen betrafen.

Zusammen mit der Weltbank hat die Europäische Union über die Ausrichtung internationaler Gebertreffen und Geberkonferenzen maßgeblich zur Mobilisierung und **Koordinierung der Geber** beigetragen. Das zweite Geberkoordinierungstreffen hat im November 2003 stattgefunden. Ziel dieses Treffens war es, die bei der Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage erzielten Fortschritte einzuschätzen und eine Vorstellung von den Aufgaben zu gewinnen, die beim weiteren Beschreiten einen tragfähigen Reformweges gelöst werden müssen. Dabei wurde bekannt gegeben, dass 2004 die Höhe des Geberengagements insgesamt 1,1 Mrd. EUR erreichen könnte, womit das 2001 gesteckte Gesamtziel erreicht wäre.

Die Europäische Union im Kosovo – Die Europäische Union spielt beim Wiederaufbau des Kosovo eine maßgebliche Rolle. Sie ist der mit Abstand größte Einzelgeber, der Hilfe für das Kosovo und die südosteuropäische Region insgesamt gewährt, und steht beim Wiederaufbau an vorderster Stelle. Zwischen 2000 und 2003 belief sich die CARDS-Unterstützung auf insgesamt 826 Mio. EUR. 1999 stellte die EU 378 Mio. EUR als humanitäre Soforthilfe und weitere 127 Mio. EUR für Wiederaufbauprogramme nach dem Krieg bereit. Im Jahr 2000 setzte sie ihre Unterstützung im Umfang von 360 Mio. EUR fort, und 2001 wurden bis zu 350 Mio. EUR für weitere Hilfen in Aussicht gestellt. Die Europäische Agentur für Wiederaufbau hat im Februar 2000 die Arbeit der Task Force für den Wiederaufbau des Kosovo übernommen. Sie verwaltet

¹ ABl. L 308 vom 9.11.2002, S. 25.

² KOM (2003) 506 endg.

die Programme für einen nachhaltigen Wiederaufbau und die Entwicklung des Kosovo unter der politischen Führung der EU. Ihr Hauptaugenmerk ruht auf dem Wiederaufbau und der Schaffung der erforderlichen Institutionen. Die für Wiederaufbauprojekte bereitgestellten Mittel beliefen sich 2000 auf 260 Mio. EUR und 2001 auf 285 Mio. EUR. Im Programm 2003 wurden zusätzliche 16,3 Mio. EUR zugewiesen, so dass sich der Gesamtbetrag auf 69,3 Mio. EUR erhöhte. 2004 war das Programm mit insgesamt 55 Mio. EUR ausgestattet. Darüber hinaus floss zusätzlich zur CARDS-Unterstützung noch Sonderfinanzhilfe der Gemeinschaft in Höhe von 30 Mio. EUR, von denen die zweite und letzte Tranche von 15 Mio. EUR im Dezember 2002 zu Auszahlung kam. Von 1999 bis Ende 2002 steuerte die EK mehr als 43 Mio. EUR zu den laufenden Kosten im Rahmen des unter EU-Federführung umgesetzten Pfeilers IV der UNMIK bei, dessen Anliegen die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer modernen Marktwirtschaft mit stabilen Institutionen ist.

In einer im April 2004 vom Europäischen Parlament verabschiedeten Entschließung zur Lage im Kosovo gab dieses seiner Sorge Ausdruck und verurteilte die Gewaltausbrüche vom März 2004 als den schwersten Gewaltausbruch seit fünf Jahren. Die vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen des Kosovo (PISG) werden darin aufgefordert, sich gegen Gewalt auszusprechen, und an den serbischen Bevölkerungsteil erging der Appell, sich uneingeschränkt an die Leitlinien der UNMIK für Sicherheit und kommunale Verwaltung zu halten. Das Parlament verwies warnend auf die Tatsache, dass diese Ereignisse einen Rückschritt auf dem Weg zur Integration der südosteuropäischen Länder in die europäischen Strukturen bedeuten. Die Kommission wurde nachdrücklich ersucht, den Kontrollmechanismus des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses für den Kosovo (SAP Tracking Mechanism) fortzusetzen, dabei unterstrich das Parlament, dass dieser Prozess unmissverständlich von einer echten Zusammenarbeit der PISG mit der UNMIK und vom uneingeschränkten Respekt der Grundwerte der Europäischen Union durch die Behörden des Kosovo abhängig gemacht werden müsse.

3. *Das Europäische Parlament*

Das Europäische Parlament hat die EU-Hilfe für Jugoslawien durch mehrere Entschließungen und seine Haushaltsbefugnisse unterstützt. In einer Entschließung vom 14. Juni 2001¹ billigte das Parlament die Bereitstellung einer Sonderfinanzhilfe von 30 Mio. EUR an das Kosovo. In seiner Entschließung vom 5. Juli 2001² stimmte es dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien in Höhe von 300 Mio. EUR zu. Am 29. November 2001 nahm das Parlament eine Entschließung zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung über die Hilfe für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die Bundesrepublik Jugoslawien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und eine Entschließung zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses vom 16. Juli 2001 über eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien an. Am 10. Oktober 2002 stimmte das Parlament einer Entschließung zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über eine weitere Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien zu. Dem Vorschlag der Kommission für eine weitere Finanzhilfe für Serbien und Montenegro (mit Änderungen) wurde vom Parlament am 23. Oktober 2003 zugestimmt.

¹ Der volle Wortlaut der Entschließungen des EP kann nach dem Kalenderdatum abgerufen werden unter: <http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-//EP//TEXT+TA+S-CALENDAR+0+FORM+HTML+V0//DE>

² Entschließung zum Vorschlag für eine weitere Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien, 5.7.2001.

Darüber hinaus wurden 45 Mio. EUR für 2004 bereitgestellt und Zahlungsermächtigungen in Höhe von 10 Mio. EUR sowie 2005 in Höhe von 45 Mio. EUR erteilt. Im Oktober 2004 verlängerte die Kommission ihre Hilfe bis Juni 2006, damit die noch verbleibenden 25 Mio. EUR in Anspruch genommen werden konnten.

Am **7. November 2002** nahm das Europäische Parlament eine Entschließung **zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess** für Südosteuropa an, die eine Reihe von wichtigen Empfehlungen für die gesamte Region und jedes einzelne Land enthält.

Eine der bedeutendsten allgemeinen Empfehlungen des Rates an die Kommission ist, „die nächste Phase des SAP nicht einzuleiten und/oder die Möglichkeit zu prüfen, jede Art der Finanzhilfe für jedes der fünf Länder ganz oder teilweise auszusetzen, wenn diese nicht die folgenden drei politischen Bedingungen erfüllen...“ In der Entschließung sind diese drei Bedingungen genannt:

- umfassende und wirksame Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ),
- wirksame Umsetzung von Maßnahmen zur Rückkehr der Flüchtlinge,
- aktive Maßnahmen gegen das organisierte Verbrechen, die Korruption und den illegalen Drogen-, Menschen- und Waffenhandel.

Im Zusammenhang mit der Bundesrepublik Jugoslawien forderte das Parlament Rat und Kommission auf, der Regierung Serbien und Montenegros gegenüber deutlich zu machen, dass eine wirksame Zusammenarbeit mit dem IStGHJ Voraussetzung für jeglichen Vorschlag über die Einleitung von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sei.

In seiner Entschließung vom 5. Juni 2003 zu dem Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder¹ ersucht das Parlament um Klarstellung und eine Konsolidierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses. Darüber hinaus schlägt es vor, die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten der südosteuropäischen Länder, den Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer sowie der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der OSZE fortzusetzen.

In seiner **Entschließung vom 20. November 2003** zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa wiederholt das Parlament die allgemeine Empfehlung zur SAP, die sie in der Entschließung vom 7. November 2002 (siehe oben) ausgesprochen hatte. Das Parlament betrachtete es zudem als nicht wünschenswert, dass in Zukunft ein SAP-Land Mitglied der Europäischen Union wird, wenn es ein bilaterales Abkommen mit den Vereinigten Staaten geschlossen hat, welches der uneingeschränkten Effizienz des IStGH zuwiderläuft.

Im Zusammenhang mit Serbien und Montenegro wird in der Entschließung darauf verwiesen, dass die Europäische Union bereit sein sollte, Serbien und Montenegro bei der Erarbeitung einer dauerhaften Regelung zu unterstützen. Außerdem äußert sich das Parlament besorgt darüber, dass die Schwierigkeiten der serbischen Regierung, eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen, zu einer Blockade geführt hätten, und äußert seine ernste Besorgnis über das derzeitige Ruhen der Tätigkeit des Parlaments der Republik Montenegro. Da im Oktober 2004

¹ Entschließung vom 5.6.2003, noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

mit der Erstellung eines Machbarkeitsberichts über den Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) erneut begonnen werden soll, besteht die Hoffnung, dass ein positiv ausfallender Bericht den Weg für weitere Verhandlungen zwischen Serbien und Montenegro und den anderen EU-Mitgliedstaaten frei macht.



PRESIDENT - GOVERNMENT - PARLIAMENT

Key Figures**Serbien e Montenegro**

<u>President</u>	Svetozar Marovic
Minister of Foreign Affairs	Vuk Draskovic
Deputy Minister of Foreign Affairs	Predrag Boskovic, M.A.
Minister of Defense	Vukasin Maras
Deputy of Defence	Prvoslav Davinic
Minister of International Economic Relations	Prof. Predrag Ivanovic
Minister of Internal Economic Relations	Amir Nurkovic
Minister of Human and Minority Rights	Rasim Ljajic
Assembly President	Zoran Sami

Kosovo

<u>President</u>	Ibrahim Rugova
Prime Minister	Ramush Haradinaj ?
Assembly President	Nexhat Daci

Serbien

<u>President</u>	Boris Tadic
Prime Minister	Vojislav Kostunica
Minister of International Economic Relations	Milan Parivodic
Minister of Diaspora	Vojislav Vukcevic
Minister of Interior	Dragan Jovic
Assembly President	Predrag Markovic

Montenegro

<u>President</u>	Filip Vujanovic
Prime Minister	Milo Djukanovic
Minister of Foreign Affairs	Miodrag Vlahovic
Assembly President	Ranko Krivokapic